

Büro des Beauftragten der Bundesregierung für die Belange der Patientinnen und Patienten sowie des Bevollmächtigten für Pflege  
Herrn Karl-Josef Laumann  
Friedrichstr. 108  
10117 Berlin

Telefon: 030 24636- 308  
Telefax: 030 24636- 120  
E-Mail: sozialrecht@paritaet.org

Unser Zeichen: hss/wbu

Datum: 20. Juli 2015

## Unabhängige Patientenberatung Deutschland (UPD)

Sehr geehrter Herr Staatssekretär Laumann,

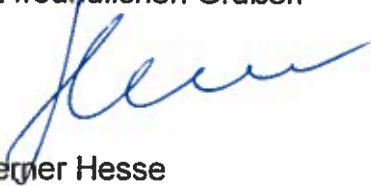
mit großer Verwunderung haben wir zur Kenntnis nehmen müssen, dass Sie das bewährte Modell der Unabhängigen Patientenberatung Deutschland (UPD) in Trägerschaft von anerkannten Patientenorganisationen zerschlagen und durch eine rein kommerziell ausgerichtete Call-Center-Lösung ersetzen wollen.

Dieses ist umso verwunderlicher vor dem Hintergrund der ab 1. Januar 2016 in Kraft tretenden Erhöhung der Förderung von 5,2 auf 9 Millionen Euro, die im Änderungsantrag 1 der Fraktionen der CDU/CSU und SPD zum GKV-FQWG wie folgt begründet wurde: „Mit der Erhöhung der Fördersumme auf 9 Millionen Euro lassen sich beispielsweise sowohl die Personalressourcen als auch die Anzahl der Beratungsstellen ausweiten, um insbesondere die telefonische Erreichbarkeit der UPD zu verbessern.“ Anstatt mehr Beratungsstellen vor Ort soll es nun ein zentrales Call-Center geben, was unseres Erachtens vom Gesetzgeber nicht intendiert war.

Außerdem sehen wir durch die Vergabeentscheidung an einen kommerziellen Dienstleister, zu dessen Hauptauftraggebern neben den Gesetzlichen Krankenkassen auch Pharma-Unternehmen gehören, künftig den Nachweis der im § 65b SGB V geforderten Neutralität und Unabhängigkeit nicht mehr als gegeben an.

Wir bitten Sie deshalb eindringlich, Ihre Entscheidung noch einmal zu überdenken und die Beratung auch künftig von einer Organisation durchführen zu lassen, die den Interessen der Patientinnen und Patienten verpflichtet ist.

Mit freundlichen Grüßen



Werner Hesse  
Geschäftsführer